

Ercheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgehaltene
Beitragseite 40 Pfg.
Für die Ortsvereine 10 Pfg.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspretsliste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 52

Berlin, den 27. Dezember 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an W. Zilke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Am Jahresluß. — Die wirtschaftlichen Interessen der Deutschen in den Balkanstaaten. — Der Sturm auf den paritätischen Arbeitsnachweis in Berlin. — Teuerung und Volksernährung. — Ein Antrag auf kommunale Arbeitslosenfürsorge. — Terror. — Rundschau: Die Gewährung von Tagelohnern an Schöffen und Geschworene. Eine berechtigte Warnung. Wann liegt Streikbruch vor? Preisauschreiben. — Feuilleton: Mittelalterliche Christbescherung für die Stadtwerkleute der Holzarbeit. — Technisches. — Patentschau. — Lohnbewegung. — An die Ortsvereinskassierer. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Am Jahresluß.

Wenn diese Nummer in die Hände unserer Leser gelangt, sind es nur noch wenige Tage, und das Jahr 1912 gehört der Vergangenheit an. Der Kaufmann zieht dann seine Bilanz und mit raschem Blick überfliegt er noch einmal Seite um Seite seiner Geschäftsbücher, bei dem einen oder andern der dort eingetragenen Posten etwas länger verweilend, läßt er das verfloßene Jahr noch einmal mit all seinen Erfolgen und Verlusten im Geiste vorüberziehen. Wenn die Familie am Silvester gemütlich beim Glase Punsch zusammensteht, um den Eintritt des neuen Jahres zu erwarten, dann werden in der Regel auch die Begebenheiten des vergangenen Jahres, das nicht immer Freud und Leid für die Familie gleichmäßig verteilt hat, noch einmal durchgesprochen; und wird die Stimmung erst animiert, dann ist alles Ungemach des alten Jahres vergessen und mit nie verklingendem Optimismus bauen diese Punsch- oder bierseligen Menschlein Lustschlösser für das neue Jahr.

Auch wir möchten einen kleinen Rückblick auf das letzte Jahr werfen, wenn wir auch nicht gewillt sind, Lustschlösser zu bauen, da es die Pflicht der Organisationsmänner ist, recht real mit den jeweils gegebenen Tatsachen zu rechnen. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß wir nicht ebenso hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken können.

Das jetzt hinabgesunkene Jahr stand bei seinem Beginn im Zeichen des Wahlkampfes. Die einzelnen Parteien arbeiteten feberhaft, um den Sieg an ihre Fahnen zu heften. Die Wählermassen, die sich sonst das ganze Jahr keinen Deut um Politik kümmern, sie werden mit allen, den Demagogen zur Verfügung stehenden Mitteln aufgepeitscht. Die Meinungen plagen aufeinander und am Ende ist es nicht viel anders geworden, als es vorher war. Die Reichstagswahlen im Januar haben allerdings eine Verschiebung in der Stärke der Parteien gebracht. Die Unzufriedenheit mit dem schwarzblauen Block und seiner Steuer- und Verteilungspolitik war groß und er hat mächtig Haare lassen müssen, gegenüber der alles versprechenden Sozialdemokratie. Wenn auch wir mit dem alten Reichstag höchst unzufrieden waren, so haben wir doch gleich nach den Neuwahlen und deren Resultat ausgeführt, es kommt nicht auf die Zahl der Mandate, sondern auf die positive Arbeit an, welche die Parteien leisten. In dieser Beziehung war die Sozialdemokratie bisher recht unzuverlässig, wenngleich im neuen Reichstag sich einige Ansätze zur Besserung zeigen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat uns das Jahr 1912 eine, insbesondere die Arbeiter schwer drückende Teuerung gebracht. Die Wirkung waren eine Reihe sozialer Kämpfe, die wir nicht ganz übergehen wollen. Im März dieses Jahres hatten wir den großen Streik von 220000 Bergarbeitern im Ruhrrevier zu verzeichnen, die um eine kleine Lohnserhöhung kämpften, aber durch das Verhalten der christlichen Bergarbeiter, welche arbeitswillig waren, resultatlos abgebrochen werden mußte. Materieell hatten diese Bergarbeiter eine Niederlage, moralisch jedoch einen Sieg zu verzeichnen. War es doch bis dahin nicht vorgekommen, daß Militär und Polizei durch organisierte Arbeiter, zur Niederwerfung eines Streiks, der die Erklämpfung besserer Arbeitsbedingungen zum Ziele hatte, angerufen und gesteuert wurde. Raschengewehre wurden gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt, wahrlich ein Verdacht der Schande in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Doch auch unsere Holzarbeiter waren an einer Reihe von Schabewegungen beteiligt, die mit mehr oder minder größerem Erfolge endeten. Als die wichtigste darf wohl die spanisch-westfälische Tarifbewegung und der Vertragsabbau in Babel bezeichnet werden. Außerdem die Tarifbewegung in Südwestdeutschland, die ebenfalls mit einem Erfolge der Holzarbeiter beendet wurde. Zuer-

Zum Jahreswechsel

übermitteln wir allen, denen die Förderung unserer gemeinsamen Sache ein Lebensbedürfnis ist, die Anteil nehmen und die mitwirken wollen an dem planmäßigen Arbeiten für die hohen Ziele unserer Organisation und in diesem aufbauenden Schaffen auch unser Vereinsorgan „Die Eiche“ und den Hauptvorstand durch ihre tatkräftige Mitarbeit unterstützen, in treuer Kollegenschaft die besten Glückwünsche!

Redaktion und Hauptvorstand

dings müssen wir auch einiger mißglückter Bewegungen gedenken. So besonders der so unruhig verlaufenen Bewegung auf den Schichtarbeitern, wo mit einer großen Anzahl, erst wenige Wochen in der Organisation sich befindenden Arbeiter ein Kampf gegen eine Millionenfirma begonnen wurde, bei dem diese vorhin erwähnten Organisationskreise nicht Stand hielten und so bedingungslos die Arbeit aufgenommen werden mußte. In Görtitz haben unsere Kollegen nach monatelangem Kampfe gegen die Waggonfabrik, ebenfalls eine Millionenfirma, endlich doch den Sieg davongetragen. Außer diesen hier erwähnten Lohnkämpfen, kam es noch im Laufe des Jahres zu einer Reihe von kleinen Gesechten und Scharmühen, die wir des Raumes wegen nicht alle aufzählen können. Nur ein Kampf möge noch erwähnt werden, der heute noch nicht beendet ist. In dem größten Betriebe in Ostpreußen, der Uniongießerei in Königsberg, sind die Arbeiter ausgesperrt, weil die Hilfsarbeiter eine Lohnserhöhung verlangten und deshalb in den Ausstand traten.

Aber auch im übrigen gewerkschaftlichen Leben haben sich sonst recht unerfreuliche Erscheinungen gezeigt. Die sogenannten gelben Gewerkschaften breiten sich durch den Druck mancher Großindustrieller immer mehr aus, so dem Arbeiter das freie Recht der Koalition raubend. Diese gelben Gewerkschaften, die jedes Idealismus bar sind, werden von den Unternehmern ausgehalten und sind als gewerkschaftliche Schmarotzerpflanzen zu betrachten. Neuerdings wird noch durch die Szajllika des Pappes versucht, eine weitere Zerspaltung in die Arbeiterbewegung zu tragen, indem dieselbe konfessionell gerichtet und von der Kirche abhängig gemacht werden soll. Ob die christlichen Gewerkschaften diesem Ansturm auf die Dauer werden Stand halten können, bezweifeln wir außerordentlich.

Deshalb müssen die in den deutschen Gewerksvereinen organisierten Arbeiter im kommenden Jahr noch eifriger, noch nachhaltiger wie bisher Aufklärungsarbeit leisten. Denn nur in den deutschen Gewerksvereinen, die parteipolitisch unabhängig und religiös neutral sind, ist es möglich, alle Geister zusammenzufassen, denen es um die Hebung ihrer wirtschaftlichen und Standesinteressen zu tun ist. Darum blicken wir auch mit großer Zuversicht dem neuen Jahre entgegen. Die Ansichten in der Weltanschauungsfrage innerhalb der Arbeiterbewegung klären sich immer mehr und neigen sich zusehends dem Standpunkte der deutschen Gewerksvereine zu.

Darum begrüßen wir das Jahr 1913 als ein Jahr, das uns dienen möge zur Aufklärung und Besserung aller Verhältnisse für die deutsche Arbeiterschaft. Am Grabe des alten Jahres jedoch fordern wir alle Kollegen auf, eingedenk zu sein der Pflicht, die sie übernommen haben mit ihrem Eintritt in den

Gewerksverein, für dessen Ansehen, Macht und Stärke unablässig zu wirken: dann dürfte es gelingen, auch den geheimsten Wünschen der Kollegenschaft Rechnung zu tragen.

Die wirtschaftlichen Interessen der Deutschen in den Balkanstaaten.

Der Waffenstillstand zwischen den Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Türkei, mit Ausnahme von Griechenland, ist vereinbart, und dieser Tage sind die Vertreter dieser Staaten im St. James-Palast in London zusammengetreten, um über die Friedensbedingungen mit den geschlagenen Türken zu beraten. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, die Ursache des völligen Versagens der türkischen Truppen in diesen Kämpfen einer Betrachtung zu unterziehen, das kann aber wohl gesagt werden, auf Seite der verbündeten Balkanstaaten war eine Begeisterung für diesen Krieg, die auf der anderen Seite fehlte. Kürzlich wurden einmal diese vier verbündeten Balkanstaaten eine „Erwerbsgesellschaft“ genannt und uns scheint dieser Ausdruck zutreffend zu sein, wenn man die Absicht, die europäische Türkei unter diesen vier Staaten aufzuteilen, sieht. Einer der Hauptpunkte, der uns noch in einen europäischen Krieg verwickeln könnte, ist bekanntlich die Forderung Serbiens, einen Zugang zum Meere, einen Hafen an der Adria zu bekommen. Serbien will sich mit seiner Viehanfuhr von Oesterreich unabhängig machen und deshalb diese Forderung. Dieser Forderung widersetzt sich Oesterreich-Ungarn, weil ihm dadurch der Weg zum Ägäischen Meer abgeschnitten wäre. Nun soll Albanien ein autonomes Fürstentum, und Serbien ein Weg durch dieses zum Meere ohne eigenen Hafen gestattet werden. Damit würde der Konfliktstoff zwischen Oesterreich und Serbien vermindert und die nicht gerade erfreulichen Aussichten auf einen europäischen Krieg, wenn nicht ganz ausgeschaltet, so doch bedeutend verringert werden. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind durch den Krieg der Balkanstaaten schon außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen worden, so daß der Wunsch auf baldigen Frieden nicht unangebracht ist. In der Holzindustrie ist es insbesondere der Waggonbau und die Musikindustrie, die schwer unter diesen kriegerischen Verhältnissen leiden und in letzter Linie natürlich immer wieder die Arbeiter dieser Branchen betrifft, sei es nun durch Einschränkung der Betriebe, durch verkürzte Arbeitszeit oder größere Arbeiterentlassungen. Weil Deutschland und die Balkanländer sich mit ihren Produkten in der günstigsten Weise ergänzen, wollen wir an Hand von amtlichem Zahlenmaterial einmal unsere wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan darstellen. Deutschland liefert den Balkanländern die Erzeugnisse seiner Industrie, die Balkanländer liefern Deutschland ihre Agrarerzeugnisse.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien sind durch den Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag vom 1. August 1905 geregelt. Bulgarische und deutsche Boden- und Gewerbeerzeugnisse sollen nach diesem Vertrag als Erzeugnisse des am meisten begünstigten Landes behandelt werden. Der deutsche Spezialhandel zeigt folgendes Bild:

Die Gesamteinfuhr nach Deutschland belief sich im Jahre 1910 auf 6,3 Mill. M., 1911 auf 10,3 Mill. M., die Gesamtausfuhr nach Bulgarien dagegen im Jahre 1910 19 Mill. M., 1911 23,09 Mill. M. Nach der bulgarischen Handelsstatistik für 1908 nimmt Deutschland im Außenhandel Bulgariens in der Einfuhr mit 20,8 Mill. Franken die dritte Stelle ein. In der Einfuhr steht Oesterreich mit 35,5 Mill. Franken an erster, in der Ausfuhr die Türkei mit 33,5 Mill. Franken an erster und Belgien mit 22 Mill. Franken an zweiter Stelle.

Serbien und Deutschland behandeln sich nach dem Handels- und Zollvertrag vom August 1892 bzw. November 1904. Während wir aus Serbien fast ausschließlich landwirtschaftliche Erzeugnisse beziehen, liefern wir dorthin besonders unedle Metalle, Raschinen und Spinnstoffe. Die Einfuhr aus Serbien betrug 1910 17,9 Mill. M., 1911 24,8 Mill. M. Die Ausfuhr Deutschlands nach Serbien 1910 19,1 Mill. M., 1911 21,3 Mill. M. Auch hier steht Oesterreich mit 42 Prozent der Einfuhr an erster Stelle, während Deutschland mit 36 Prozent an zweiter Stelle folgt.

Zwischen Griechenland und dem deutschen Reich besteht ebenfalls ein Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 2. Juli 1884. Ueber den Spezialhandel zwischen diesen Ländern geben folgende Ziffern Aufschluß: Die Gesamteinfuhr von Griechenland nach Deutschland betrug im Jahre 1910 21,3 Mill. M., 1911 23,7 Mill. M. Unsere Ausfuhr nach dorthin betrug 1910 15,1 Mill. M., 1911 17,8 Mill. M. Im Gesamthandel mit Griechenland steht Deutschland an vierter Stelle, ihm vorangehen England, Oesterreich und Rußland.

Deutschlands Handel mit Montenegro ist gering. Unsere Einfuhr betrug 1909 nur 17000 M. Die Ausfuhr dagegen 119000 M. Wir beziehen von dort hauptsächlich Rohtabak, während unsere Ausfuhr nach Montenegro Zucker, Fahrräder, Rinderhäute und Kleider umfaßt.

Das ist das Bild unseres augenblicklichen Waren-auslaufes mit den Balkanstaaten und haben durch den Krieg außer den von uns oben mitgeteilten, uns als Holzarbeiter besonders interessierten Erzeugnissen, die Einfuhr von Handfeuerwaffen, Geschossen, Röhren, Dosen, Kleiderstoffen, Baumwollgeweben und Maschinen eine bedeutende Stodung erfahren, die sich bereits unlieblam bemerkbar zu machen beginnt. Unsere wirtschaftlichen Interessen nach den Balkanstaaten sind also ziemlich bedeutende und wir können nur wünschen, daß der Friede bald geschlossen werden möge.

Der Sturm auf gegen den paritätischen Arbeitsnachweis in Berlin.

Bei der diesjährigen Tarifbewegung scheint der sozialdemokratische Holzarbeiterverband die Arbeitsnachweisfrage zu einem Kampfsujet machen zu wollen. Wäre dieses nicht der Fall, dann würde der Verband nicht in seiner „Holzarbeiterzeitg.“ und der übrigen sozialdemokratischen Tagespresse überall erklären lassen, an dem obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweis müsse festgehalten werden.

Als Grund zu diesem Verhalten wird angegeben, daß nur durch diese Einrichtung die Last der Arbeitslosigkeit gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden könne. Auch in der Nr. 51 der „Holzarbeiterzeitg.“ ist ein mehr wie zwei Spalten langer Aufsatz unter obigem Titel erschienen, der mit denselben Argumenten operiert und jede andere Ansicht, die aus eigener Erfahrung oder auch aus grundsätzlicher Gegnerschaft angeführt wird, als die Anschauung von Dummköpfen oder als Niederträchtigkeit darzustellen versucht. Mit dieser Art von Polemik, die ja allerdings zunächst als Abwehr auf die große Zahl von Beschwerden, selbst von alten Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes, in der „Berliner Volkszeitg.“ anzukommen ist, setzt sich der Artikelreiber der „Holzarbeiterzeitg.“ selbst ins Unrecht. Wenn eine sachliche Widerlegung der Mängel und Beschwerden durch diesen Artikel erfolgt wäre, hätte vielleicht das starre Festhalten an diesem System der Arbeitsvermittlung begrifflich erscheinen können. Wir selbst wären auf diese Angelegenheit im gegenwärtigen Moment nicht eingegangen, wenn die „Holzarbeiterzeitg.“ es nicht für gut befunden hätte, unseren Gewerksverein und seine Stellung in dieser Frage anzurempeln. Unser Standpunkt in der Nachweisfrage ist seit langer Zeit bekannt, so daß wir in der Zentralleitung nicht notwendig haben, uns den Klagen in der „Berliner Volkszeitg.“, die wir übrigens mit großem Interesse verfolgt haben, durch Erweiterungen anzuschließen. Aber auch wir

müssen sagen, daß gerade diese schon erwähnten Einwendungen in der „Berliner Volkszeitg.“ großen Anspruch auf Wahrheitsliebe und Richtigkeit haben. In diesen dort erfolgten einfachen, schlichten Darstellungen, die gegen diesen Nachweis sprechen, merkt man all das Glend, dem die Berliner Holzarbeiter durch das Obligatorium in Berlin überantwortet wurden. Diesen Ausführungen gegenüber wirken die Darstellungen der Verbandsleitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes über den Wert dieser obligatorisch-paritätischen Nachweise als etwas gekünsteltes, innerlich unwahres. Man merkt mit aller Deutlichkeit heraus, daß man mit einem Wortschwall die Leser über den wahren Kern der Sache hinwegtäuschen will. Wir wollen es kurz sagen, dem Holzarbeiterverband bedeutet dieses Arbeitsvermittlungssystem ein wertvolles Agitationsmittel, dessen Kosten er zudem nicht einmal allein tragen muß. Die anderen Organisationen bedienen sich, oder können sich dieses Mittels aber nicht bedienen, weil sie sich in den Orten, wo dieser Nachweis ist, in der Minorität befinden.

Nun glaubt die „Holzarbeiterzeitg.“ wir wären gegen den Nachweis, weil wir unsere Kollegen nun nicht mehr in einzelnen Werkstätten konzentrieren könnten. Das ist Quatsch, um einmal eine Berliner Redensart zu gebrauchen. Nein, wir wollen unseren Kollegen nicht das Recht beschneiden lassen, Arbeit zu nehmen, wo sie wollen, dort in Arbeit zu treten, wo sie ihren Fähigkeiten entsprechend bezahlt werden, wo ihnen Gelegenheit geboten ist, sich in der Kunst der Tischlerei weiter auszubilden. Der heutige Zustand durch diesen Nachweis bedeutet eine Unterbindung des Freizügigkeitsrechtes. Ein Recht, um das unsere Vorfahren schwere parlamentarische Kämpfe ausgefochten haben. Auch die Sozialdemokratie, zu der sich die Holzarbeiterzeitungsmänner bekennen, verlangt für die Arbeiter Aufhebung der Freizügigkeitsbeschränkung, und hier tun dieselben Genossen das Gegenteil, ja man will allem Anscheine nach zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtung selbst, noch einen Kampf heraus beschwören. Tatsächlich besteht durch den obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweis für die Holzarbeiter eine gefährliche Beschränkung der persönlichen Freiheit. Das sind die Hauptgründe unserer Gegnerschaft zum paritätischen Nachweis. Dann wird weiter behauptet, durch die freie Wahl der Arbeitsstätte sei eine mit viel mehr Enttäuschungen und Demütigungen verbundene Unfreiheit zu konstatieren. Wird der Arbeiter durch das Obligatorium keinen Demütigungen und Enttäuschungen ausgesetzt? O ja, nur daß der Unterschied der ist, daß er vorher wochenlang auf dem Nachweis liegt und dann genau so von dem Arbeitgeber bei der Einstellung abgelehnt werden kann, wie das auch vor dem Fall war. Durch den Nachweis sind wir in der Lage, die vertraglichen Bestimmungen kontrollieren und zur Durchführung bringen zu können, sagen die Befürworter dieses obligatorisch paritätischen Nachweises weiter. Auch dieses trifft nicht zu, denn wenn die Herren Verbändler nur ein klein wenig in Berlin Umschau halten würden, dann fänden sie, daß der vertraglich festgesetzte Lohn und ebenso die Akkordpreise während der Zeit des Obligatoriums nicht nur nicht eingehalten, sondern sogar herabgedrückt wurden. Warum? Weil sich die Berliner Holzarbeiter sagen, lieber arbeite ich zu einem geringeren Satz das ganze Jahr, als daß ich die Hälfte Zeit des Jahres auf dem Nachweis liege und nichts verdiene. Dann wird noch gesagt, es sind zu viel Tischler in Berlin, deshalb diese schlechten Erfahrungen durch den Nachweis.

Auch hier eine Verdrehung der Tatsachen. Gerade durch diesen freien Nachweis haben wir dieses fortgesetzte Überangebot von Tischlern herbeigeführt. Denn heute muß jeder nach Berlin zuwandernde Tischler, wenn seine Nummer dran ist, Arbeit erhalten.

Das, verehrte „Holzarbeiterzeitung“, sind die Erfolge des obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweises. Wir kämpfen mit unserer Gegnerschaft nicht für eine Agitationseinrichtung, sondern für die Freiheit und Besserung der Lebenshaltung der Berliner Holzarbeiter.

Teuerung und Volksernährung.

Einen sehr drastischen Beleg für die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Nachteile der gegenwärtigen Teuerung sowohl für die Konsumenten wie auch für die produzierenden Landwirte ergibt die Statistik der Schlachtungen des 1. und 2. Quartals 1912, verglichen mit den beiden Vorjahren.

Es gelangten zur Fleischbeschau im Deutschen Reich:

	I. Vierteljahr 1912	II. Vierteljahr 1912	I. Vierteljahr 1911
Ochsen	132431	129431	143130
Bullen	97172	115652	102620
Rühe	459037	421820	437489
Jungvinder	210588	225650	199365
Kälber	1144613	1309106	1064607
Schweine	4973859	4303862	4532816
Schafe	457465	454938	464999
Ziegen	111084	204235	136194
Pferde	43586	38649	39293
Hunde	2441	1237	2180

	II. Vierteljahr 1911	I. Vierteljahr 1910	II. Vierteljahr 1910
Ochsen	133303	156418	149466
Bullen	113694	119667	129842
Rühe	419527	483950	438269
Jungvinder	211447	247534	242933
Kälber	1306425	1315990	1376366
Schweine	4125367	4076207	3649118
Schafe	471299	510676	504488
Ziegen	176786	139794	177704
Pferde	25710	40482	29867
Hunde	1143	2270	1051

Es zeigen demnach alle Tiergattungen, insbesondere im Vergleich zu dem als normales Jahr zu betrachtenden Jahrgang 1910, ganz enorme Rückgänge in den Schlachtziffern. Auch die zunächst einzigen Ausgleich versprechende Mehrung der Schweineschlachtungen scheint wieder einem ganz empfindlichen Rückschlag weichen zu wollen, wie der enorme Rückgang der Schweineschlachtungen im 2. Quartal 1912 beweist (mehr als 650 000 Stück!). Nicht einmal die Zahl der Pferdeschlachtungen, die im 1. Quartal eine „erfreuliche“ Zunahme, um im Still der Beschwichtigungsgeschwindigkeit zu sprechen, aufwies, konnte sich auf dieser Ziffer halten, sondern ging ebenfalls um rund 5000 Stück zurück.

Daß dieser Rückgang der Volksernährung die lebhafteste Sorge bei Hygienikern, Volkswirten, im Kriegsministerium erwecken muß, bedarf keines Nachweises. Ein derartiger Rückgang der Viehproduktion bedeutet aber auch riesige Einnahmeausfälle für die Viehzüchtende Landwirtschaft, also für den kleineren und mittleren Bauernstand und verdient daher gerade vom Standpunkte des Landwirtschaftsfreundes ernsteste

Mittelalterliche Christbekehrung für die Stadtwerkleute der Holzarbeit.

Ein kulturgeschichtliches Blatt von H. Krauß.

Erwähnt mag noch werden, daß außer obigem Christbekehrer der Baumeister auch sonst noch während des Jahres verschiedene Präsente zu verteilen hatte, die an sein Amt geknüpft sind. Allerdings erstreckt sich diese traditionelle Bekehrung nur auf die hervorragenden seiner Werkleute, nämlich auf den städtischen Maurer-Baumeister und den Zimmermann-Baumeister sowie den Oberbauinspektor. Diese 3 erhalten am Vorabend des Johannisfestes (23. Juni) als Sommerdanksgeschenk je ein Viertel guten Weins auf der Stadt Kosten, ferner am Martinsabend (10. November) ein Viertel guten Frankenweins auf der Stadt Kosten. Weiter spendierte Luther noch aus dem eigenen Portemonnaie an Martin jedem derselben eine Gans und an Baumeister einen Sch. Dies waren im Mittelalter fast die einzig gebräuchlichen Weihnachtsgaben, aus denen sich dann erst in späteren Jahrhunderten die Weihnachtsgeschenke entwickelten. Doch am Neujahr waren bereits Geschenke üblich, die unteren jetzigen Weihnachtsgaben so ziemlich entsprechen. Es trugten übrigens auch von der ersten Privatordnungs Neujahrsbesuche und an Neujahrstagen üblich an die hauptsächlichsten Handwerker und sonstige Arbeitsleute vertheilt zu werden. Dies Geschenke sind aus den Aufzeichnungen des letzten Buches, des obersten Bürgermeisters Anton Bucher in seinem Hausbuch, die Jahre 1547-1557 betreffen. Für das heilige Verheirathung des Jahres Bucher zu seinen Zeiten und Vorfahren ist es bemerkenswert, daß er auch vielfach seine Handwerker in seinem Garten besuchte, waren bei Gelegenheit mit ihm zu dgl. spendierte. Am 20. Oktober 1557 spendete er 2 B. nicht weniger als 5 Schilling; am 24. Oktober 1557 spendete er 40 Schilling; am 15. März dem Zimmermann-

Meister Kunz Fitzer bestimmt wurden; das Stück kostete dem Spender 3 Silbergrosche. Ein köstliches Genrebild aus der guten alten Zeit!

Um wieder auf das Baumeisterbuch zurückzukommen, so sei noch die berühmte „Seiltumsfeier“ erwähnt; es sind darunter die großen, mit einem Jahrmarkt verbundenen Feierlichkeiten aus Anlaß der Aufstellung der Reichskleinodien und Heiligthümer gewesen, die im Mittelalter in Nürnberg aufbewahrt wurden und jährlich einmal dem ganzen Volke öffentlich gezeigt wurden. Auf dem Markte wurde zu diesem Zwecke alljährlich vom städtischen Zimmermann-Baumeister und den städtischen Zimmergehilfen ein sogenanntes „Stuhl“ aufgestellt, der Heiligthümerstuhl. Zur Aufstellung dieses Stuhls benötigten die Zimmerleute etwa 2 Tage. Um sie zu eiligem Arbeiten anzuspornen, erhielten sie außer dem ihnen gesetzten Taglohn noch besondere Bezahlungen; insbesondere hatten sie auch die Gassenketten und Schranken zur bevorstehenden Absperrung der betreffenden Straßen zu besorgen, anzuschlagen, und was nicht klappete, zu verbessern, zu welchem Zwecke der Zimmermann-Baumeister, 2 Zimmergehilfen und der Stadtschmied in Tätigkeit zu setzen waren. Damit sie Mängel eilends ausbesserten, war diesen 4 Stadtwerkleuten folgendes nach alter Tradition zu spendieren: „Es soll ihnen der Stadtbaumeister geben 2 Viertel Weins (= 4 Maß) zu vertrinken über ihren Taglohn hinaus nach altem Herkommen. Er richtet sich ferner allermogen darnach, daß sie zu Mittag kommen zu dem Koch bei St. Sebald, da essen sie und verzehren dabei 5 oder 6 Groschen, die hat ich immer für ihr Trinalgeld für sie bezahlt.“ Auch besandete Fitzer mit nach Abhebung des Stuhls hause der Stadtbaumeister dem Zimmermann-Baumeister und allen dabei mitwirkenden städtischen Zimmergehilfen 60 Pfennig zum Vertrinken, alles nach altem Herkommen.“ Wir bemerken, daß der damalige Taglohn für die verschiedenen Kategorien im Durchschnitt 16 bis 25 Pfennig betrug, so daß dieses Trinalgeld etwa dem dreifachen Arbeitslohn eines

damaligen Arbeiters entsprach. Für 60 Pfennig bekam man damals etwa 30 Maß Bier.

Wie das Kapitel des Baumeisterbuches: „Von den Zimmergehilfen“ erfahren läßt, erhielten die Zimmergehilfen vom Stadtbaumeister auch ein Viertel Sühlsfeier insgesamt 60 Pfennig als Trinalgeld und die gleiche Extraverehrung zum Vertrinken auch an St. Oswaldstag, „alles nach altem Herkommen“.

Die im Dienste der Stadt stehenden Arbeiter hatten überhaupt eine Reihe traditioneller „Bekehrungen“ zu beanspruchen, die schon ganz zum Gewohnheitsrecht geworden waren. Auf diese näher einzugehen, würde uns im Rahmen unseres Themas an dieser Stelle zu weit führen. Wir müssen uns hier damit begnügen, durch die Erinnerung an die Weihnachtsgeschenk-Bekehrung — die übrigens, wie wir sahen, nicht bloß den direkt in städtischer Anstellung sich befindenden Personen, sondern auch denen, die nur gegen jährliche Abrechnung die städtischen Arbeiten, wie z. B. die vorkommenden Schreinerarbeiten, Böttcherarbeiten usw. zu fertigen hatten, zu teil wurde — ein anziehendes Bild aus der alten Zeit entrollt zu haben, die, wenn sie auch natürlich ihre schattenreiche Mehrseite hatte, doch in mancher Hinsicht als die „gute, alte Zeit“ gelten kann, wenigstens was herzliche Gemüthslichkeit anlangt. Das Baumeisterbuch enthält auch detailliertes und wertvolles Material über den damaligen Arbeitsverdienst und die sonstigen Verhältnisse der Holzarbeiter und Holzgewerbe, soweit sie das Stadtbauamt angehen, über die Rechte und Pflichten des Stadtbauherrn, über das Amt und die Tätigkeit des städtischen Waldhauers und seiner Holzrätter, über die städtische Sägemühle und den Pflichtenkreis des Sägers, über die Bauholzpreise und über die Preise der Erzeugnisse der Schreiner, Glaser, Wagner, Böttcher usw. mit denen der Baumeister jährlich abzurechnen hat. Wir werden auf dieses gewerbsgeschichtlich interessante Detail noch einmal gelegentlich in einem besonderen Stützenbilde zurückzukommen Gelegenheit nehmen.

Beachtung. Wohin kommen wir bei der ständig wachsenden Verschuldung, bei steigenden Güterpreisen, steigenden Löhnen, wachsenden öffentlichen Lasten, wenn gleichzeitig die Produktionsfähigkeit derart zurückgeht? Zu noch höheren Zöllen? Oder zu noch rascherer Bauernlegerei durch unsere Fideikommissherren? Oder schließlich doch zu einer Aenderung unserer Zollpolitik? Man kann unter diesen Verhältnissen die Ergebnisse der bevorstehenden Viehzählung nur mit größter Spannung erwarten. „Fortschritt“.

Terror.

„Bitte meinen Namen nicht zu nennen.“
„Ich rechne auf Ihre Diskretion.“
„Ohne meine Unterschrift zu veröffentlichen, da es mir sonst schaden könnte.“
„Meinen Namen bitte ich wegzulassen, da ich sonst meine Arbeit wechseln müßte.“
„Als Einsender will ich nicht genannt sein, die Schifaniererei wäre zu groß.“
„Bitte strengstens ohne meine Unterschrift!“
„Ich habe schon Unannehmlichkeiten genug, daß ich nicht den „Vorwärts“, sondern Ihr Blatt lese.“

Solche und ähnliche Schlüsse, so schreibt die „Berliner Volkszeitung“, finden sich in den weitläufigen Zuschriften, die wir in den letzten beiden Wochen aus den Kreisen der Berliner Arbeiter zur Frage des partiellen Arbeitsnachweises erhalten haben. Die Frage des Arbeitsnachweises selbst wollen wir für heute ruhen lassen, obwohl wir noch unausgesetzt Einsendungen erhalten, die zu der Frage Stellung nehmen. Dagegen haben wir uns dem tiefen Eindruck nicht verschließen können, den die bei den Einsendern obwaltende Sorge um die Abwehr der zu erwartenden Schifanien und Bedrängnisse auf uns gemacht hat. In einer der von uns wiedergegebenen Zuschriften war klipp und klar ausgesprochen worden, wie ein Arbeiter von seinen Werkstattsgeossen drangaliert wird, weil er nicht den „Vorwärts“, sondern die „Berliner Volkszeitung“ liest.

Wir würden aus solchen Mitteilungen um uns herum nicht viel Wesens machen; denn uns ist die Feindschaft der Unentwegten nicht schlecht bekommen. Was uns aber veranlaßt, auf die Frage des Terrorismus einzelner fanatischer Genossen gegen andersdenkende Arbeiter einzugehen, ist der grundsätzliche Gedanke, den es hochzuhalten gilt: Der Terror ist unter allen Umständen verdammenstwert, ganz gleich, ob er vom Unternehmer gegen den Arbeiter oder vom Arbeiter gegen den Arbeiter versucht oder ausgeübt wird.

Im rheinischen Westen wehrt sich der sozialdemokratische Arbeiter vielfach gegen den ultramontanen oder nationalliberalen, im Osten gegen den agrarischen Terror; in Berlin scheinen dagegen manche sozialdemokratischen Arbeiter die Ausübung eines gelinden oder scharfen Terrorismus gegen nichtsozialdemokratische Arbeiter für ihr gutes Recht, vielleicht sogar für ihre Parteipflicht zu halten, wie wir dies aus den verschiedensten Zuschriften der letzten beiden Wochen an uns leider entnehmen müssen.

Wir haben keinen Ueberblick darüber, welchen Umfang dieser Meisterrterrorismus etwa bereits angenommen hat. Es mag sein, daß es verhältnismäßig nur wenige Heißsporne sind, die in dieser Art sich selbst und ihre Partei kompromittieren. Allein wegen der Bergewaltigkeit, die damit auf jeden Fall gegen politisch Andersdenkende beangewandt wird, muß das Verfahren gebührend gebrandmarkt werden.

Die an uns gelangten Beschwerden von Berliner Arbeitern behandeln wir deswegen öffentlich, weil von der sozialdemokratischen Parteileitung und von der sozialdemokratischen Presse das Vorhandensein irgendeiner Art von Terrorismus innerhalb der Sozialdemokratie stets in Abrede gestellt worden ist. Es soll zugegeben werden, daß die Partei offiziell den Terrorismus verwirft. Wenn sie das aber tut, so muß sie auch den Willen und die Kraft haben, den Angehörigen ihrer Partei die Ausübung eines so schlimmen und bössartigen Terrorismus, wie er zum Beispiel in dem Zwange zum Verzicht auf eine bestimmte Lektüre liegt, zu verlegen.

Als der verstorbene „König Stumm“ seinen Arbeitern vor schrieb, welches sozialdemokratische Blatt sie nicht lesen dürften, welches konservative Blatt sie aber lesen mußten, da gab es nur eine große, starke Entrüstung in der sozialdemokratischen Presse in ganz Deutschland. Wenn jetzt durch Werkstättenbeschlüsse oder durch Drangalierungsdrohungen sozialdemokratische Arbeiter ihren Arbeitskollegen vorschreiben, welches bürgerliche Blatt sie nicht lesen dürfen, und daß sie ein sozialdemokratisches Blatt lesen müssen, so steht dieser Terrorismus genau auf derselben Stufe wie der Scharfmacherterrorismus der Industrien und der Agrarier, gegen den neben der unabhängigen bürgerlichen Presse die sozialdemokratische Presse täglich — mit vollem Recht — mobil macht.

Die sozialdemokratische Partei hat das größte Interesse daran, jeden Terrorismus innerhalb ihres politischen Bereichs, wo und wie er sich auch zeigt, im Keime zu unterdrücken. Wie bekannt, wird von reaktionärer und scharfmacherischer Seite eine neue Zuchthausvorlage für unerwünscht gehalten. Es wird dafür geltend gemacht, mit den bisherigen Schutzbestimmungen komme man gegen den sozialdemokratischen Terrorismus nicht aus. Die Sozialdemokratie wird die Annahme einer neuen Zuchthausvorlage aus eigener Kraft nicht verhindern können. Es muß ihr Hilfe werden von bürgerlicher, aber entschieden arbeiterfreundlicher Seite, die gleichfalls von der Ueberzeugung durchdrungen sein mag, daß der

sozialdemokratische Terrorismus nicht existiere. Wird aber dennoch durch unbestreitbare Fälle dargetan, daß, genau so skrupellos wie von den reaktionären Parteien, der Terrorismus auch von Sozialdemokraten ausgeübt wird, und zwar so skrupellos und brutal, daß er sich sogar auf die Erziehung oder das Verbot einer bestimmten Zeitungslektüre erstreckt, dann wird es die Sozialdemokratie zu verantworten haben, daß sie gegenüber den Scharfmachern mit ihrer Versicherung, in der sozialdemokratischen Partei gäbe es keinen Terrorismus, keinen Glauben verdient.

Einstweilen ersuchen wir diejenigen unserer Leser aus Arbeiterkreisen, die derartige Fälle von Terrorismus an sich selbst erlebt haben, uns weiterhin davon Mitteilung zu machen, damit wir zunächst den Umfang eines Terrorismus feststellen können, gegen den sich sicherlich alle anständigen und besonnenen Sozialdemokraten mit derselben Schärfe aussprechen werden, mit der sie gegen den Terrorismus Front machen, der von reaktionärer Seite ausgeübt wird. — Wir können diese Ausführungen der Volkszeitung nicht nur unterstreichen, sondern möchten noch hinzufügen, daß dieser Terror auch auf gewerkschaftlichem Gebiete von den Sozialdemokraten geübt wird. Dort zeigen sich manchmal recht krasse Formen der Unterbindung der persönlichen Freiheit, die Angst nicht nur vor körperlicher Tortur, sondern vielmehr noch Brot und Arbeit zu verlieren, treibt diesen „freien“ Gewerkschaften Mitglieder, wenn auch wider Willen, zu.

Ein Antrag auf kommunale Arbeitslosenfürsorge.

Die Gewerkschaften waren bekanntlich in Deutschland die ersten, welche die Frage der Arbeitslosenfürsorge ventiliert und durchgeführt haben, durch Einführung der Arbeitslosenversicherung innerhalb ihrer Organisationen. Diese Einrichtung hat außerordentlich segensreich gewirkt, bedurfte jedoch im Laufe der Jahre, bedingt durch die in immer kürzeren Zeitperioden einsetzenden Krisen, einer Erweiterung, indem die Forderung der Arbeitslosenfürsorge durch das Reich oder die Kommunen erhoben wurde. Eine Reihe sehr schöner Resultate aus dieser Propaganda liegen schon vor. Nun hat unser Ortsverband in Fürth an den dortigen Magistrat folgenden Antrag gerichtet: „Der unterfertigte Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften erlaubt sich, an den Wohlthätigen Stadtmagistrat folgenden Antrag zu stellen:

a) in Anbetracht der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, die voraussichtlich in den nächsten Wochen noch eine bedeutende Steigerung erfährt und der damit verbundenen Verarmung vieler Arbeiterfamilien, stellen wir das ergebene Ersuchen an den Stadtmagistrat, einen Betrag von 5000 Mark in den Etat einzusetzen, um eine Auszahlung von Barunterstützung an solche Arbeitslose zu ermöglichen, die bei den Notstandsarbeiten nicht beschäftigt werden können.

b) eine Kommission von Mitgliedern des Magistrats, des Gemeindevorstandes und Vertretern der Arbeiterschaft einzusetzen, deren Aufgabe es ist, eine Regelung der Fürsorge für Arbeitslose zu treffen und eine ständige Kontrolle zu schaffen.

Begründung:

Das Problem einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit beschäftigt unangekämpft die weitesten Kreise. Tragisch im Leben des Arbeiters ist es, ohne Arbeit zu sein. Wo die Arbeit fehlt, fehlen auch die Mittel den Lebensunterhalt zu bestreiten. Und wo dies einmal unmöglich geworden, geht es mit seltenen Ausnahmen dem wirtschaftlichen, körperlichen und seelischen Ruin entgegen.

Gezwungen durch die unvermeidete Not, muß vielfach die Armenverwaltung in Anspruch genommen werden, dessen Folgen auf der einen Seite den Armenetat bedeutend belasten, auf der andern Seite das Wahlrecht für den Arbeitslosen verloren geht und er zum rechtlosen Bürger wird.

In erkennenswerter Weise ist zwar durch Bereitstellung einer Anzahl Notstandsarbeiten von Seiten des Stadtmagistrats Vorsorge getroffen, um einem Teil der Arbeitslosen dadurch Arbeits- und Verdienstegelegenheit zu geben. Mit diesen Notstandsarbeiten kann jedoch nicht all jener Arbeitslosigkeit gesteuert werden, welche infolge der wirtschaftlichen Krisen, Konjunktur und sonstigen Ereignisse hervorgerufen wird.

Gelernte Arbeiter, welche von Jugend auf in Werkstätten und Fabrikräumen gearbeitet haben, sind in der Regel für diese Notstandsarbeiten, welche in der Hauptsache in Bau- und Erdarbeiten sowie Sietnetzopfen bestehen, nicht geeignet. Zur Bekämpfung der Not, welche durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, müssen daher neben der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit noch andere Mittel angewendet werden.

Solange nicht von Reichswegen eine gesetzliche Regelung stat findet, kann neben den Arbeiterorganisationen nur durch die Gemeinden auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung Vorsorge getroffen werden. In circa 25 Städten in Deutschland sind bereits Einrichtungen für Arbeitslosenfürsorge geschaffen.

Aus beiliegender Tabelle ist ersichtlich, welche ungeheure Dimensionen die Arbeitslosigkeit in den letzten 1 1/2 Jahren in Fürth angenommen hat. Damit der unvermeideten Not einigermaßen Rechnung erstehen, ersuchen wir den Wohlthätigen Stadtmagistrat, unserem Antrage halbzugeben.

Hochachtungsvoll
Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften H.-D.
A. K. Hans Schuster.

Uebersicht

über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden der Stadt Fürth in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis zum 30. September 1912. (Einzeln Berufe, darunter das Baugewerbe, wo eine Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt ist, sind bei nachstehenden Zahlen nicht enthalten.)

Quartal	Gemeindegewerbliche Mitgliederzahl	Arbeitslose	Arbeitslosentage	Unterstützte Personen	Unterstützungstage	Summe der gezahlten Unterstütlungen
1911						
I. Quartal	8968	944	12952	595	8195	13436 M.
II. „	7230	313	3746	196	2772	4430 „
III. „	8821	535	6142	284	4288	6787 „
IV. „	8930	834	7588	365	5612	8005 „
1912						
I. Quartal	9228	1424	25603	1234	18069	32915 „
II. „	9241	424	6601	322	4838	6823 „
III. „	9779	515	8509	356	6607	8623 „
Durchschnittlich gemeindegewerbliche Mitgliederzahl	8885	4989	71141	3352	50381	81119 M.

In Wirklichkeit sind die Arbeitslosenziffern bedeutend höher, da bei vorstehenden Zahlen nur Berichte aus den Deutschen Gewerkschaften und der freien Gewerkschaften am Ort enthalten sind. Rechnet man also die Arbeitslosen der christlichen Gewerkschaften, diejenigen im Baugewerbe und die der unorganisierten Arbeiter hinzu, so ergeben sich bedeutend höhere Ziffern. Von den 8885 durchschnittlich gemeldeten Mitgliedern waren somit innerhalb der letzten 1 1/2 Jahre circa 4989 Mitglieder 71141 Tage arbeitslos.

Wir wünschen diesem Antrag den besten Erfolg, wissen wir doch aus eigener Erfahrung, wie groß die Arbeitslosigkeit in der dortigen Möbel- und Spielindustrie ist.

Rundschau.

Die Gewährung von Tagelohnern an Schöffen und Geschworene, eine alte rechtspolitische Forderung, scheint jetzt endlich ihrer Erfüllung entgegenzugehen. Im Bundesrat finden gegenwärtig Beratungen darüber statt infolge eines Antrages dreier süddeutscher Bundesstaaten, Bayern, Württemberg und Baden, welche die Gewährung solcher Tagelöhner befürworten. Da bereits in der Vorlage zu einer Strafprozessreform, welche die Zustimmung des Bundesrats gefunden hatte, die Tagelöhner an Schöffen und Geschworene in Vorschlag gebracht waren und auch der Reichstag sich wiederholt dafür ausgesprochen hat, so ist die Verwirklichung dieses Antrags ausföhrlich. Nach bisherigem Rechte erhalten Schöffen und Geschworene nur eine Vergütung der Reisekosten; den sonstigen Aufwand bei der Erfüllung ihrer Richterpflichten müssen sie selbst tragen. Das hinderte vielfach die Aufnahme von minderbemittelten Personen auf die Schöffen- und Geschworenenliste und beeinträchtigte vor allem die positive Mitwirkung von Arbeitern an der Rechtsprechung in ordentlichen Gerichten. Der Mangel an Vertrauen zur Rechtspflege hat zum Teil in dieser Ausschaltung der Arbeiterschaft vom Richteramt seinen Grund.

Eine berechtigte Warnung, die wir unterstreichen, finden wir in unserem Bruderorgan der „Freien Kunst.“ Das Blatt schreibt: „Im Organ des Gewerkschaftsvereins der Bauhandwerker wird bekannt gemacht, daß in den Orten, wo keine Ortsvereine der Maler bestehen, auch Maler in die Ortsvereine der Bauhandwerker aufgenommen werden. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, besonders darauf hinzuweisen, daß nur unser Gewerkschaftsverein imstande ist, die tariflichen Rechte der Maler zu wahren. Wer sich vor Schaden bewahren will, der lasse sich nicht verlocken, einem anderen Gewerkschaftsverein beizutreten, sondern schließe sich seinem eigenen Berufsverein an. Wo noch kein Ortsverein besteht, können die Kollegen als Einzelmitglieder beitreten und genießen auch da die vollen tariflichen Rechte und Schutz. Kollegen! haltet die Berufskennung aufrecht.“ Auch wir ersuchen unsere Kollegen, überall darauf hinzuweisen, daß die Holzarbeiter tarifliches Recht und Schutz nur im Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter finden können.

Wann liegt Streifbruch vor? Die sozialdemokratischen Gewerkschaften leben bekanntlich in dem Banne, daß, wenn sie einen Streik beschließen, ohne die anderen Organisationen befragt zu haben, letztere sich dennoch ihren Anordnungen zu fügen haben. Es ist nun sehr interessant, zu erfahren, wie man in den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften darüber denkt. In der „Vöppziger Volkszeitung“ Nummer 253 lesen wir folgendes:

Erwiderung:

In dem Versammlungsbericht der Drechsler wird unter anderem gesagt: Ferner wurde das Verhalten der Verwaltung der 3. hiesige Beispiel des Fabrikarbeiterverbandes einer scharfen Kritik unterzogen, weil sie einen Hilfsarbeiter der Hartgummidrechsler

In Schutz genommen hat, der in einem hiesigen gesperrten Betriebe in Arbeit getreten ist.

Für die Verwaltung sowie für die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes war eine Sperre über Gummi- und Bleibetriebe (um solche handelt es sich hier) in Leipzig bisher nicht bekannt.

Wenn die Drechsler sich bei ihren Maßregeln über gemeinsam gefasste Beschlüsse hinwegsetzen zu können glauben, so haben sie auch die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Leipzig und Umgegend.

Diese Erklärung dürfen die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften besonders beachten. Wie oft kommt es vor, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Streik beschließen, ohne die Gewerkschaftsmitglieder oder deren Leitung zu befragen.

Preisanschreiben.

Die „Handwerkskunst“-Genossenschaft erläßt laut Satzungen das erste große Preisanschreiben, welches in drei Gruppen geteilt ist. Gruppe 1: Entwurf für eine einfache moderne 3 Zimmerwohnung.

* Nur für Mitglieder des Verbandes der Vereine, Frauen- und Schüler der Norddeutschen Tischlerfachschule, Berlin-Zeig, gestiftet vom Verbandsvorstand.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die gelben Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1912 bei.

Technisches.

Die Zerstörung des Holzwurmes in Möbeln.

Wenn sich an einem Möbelstück äußerlich Biumlöcher zeigen, so kann man sicher sein, daß es bereits mehr oder minder tief von Gängen durchsetzt ist, welche von einem der Familie Anobium angehörenden Insekt herrühren.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. - Auskünfte kostenfrei.

Angemeldete Patente:

- Al. 38 c. L. 17318. Verfahren zur Herstellung von Rahmenleisten aus Holz. G. m. b. H., Berlin. Aug. 19. 4. 12.
Al. 68 b. D. 26420. Durch einen Rollenzug bewegbares Schiebefenster. Deutsche Reversal Patent Kurhelfenster G. m. b. H., Berlin. Aug. 29. 1. 12.

Deutsche Gebrauchsmuster:

- Al. 34 g. 531672. Sofaumbau in Rasse grundiert imitiert Ausführung. Broitwolf & Hempfling, Jülich i. B. Aug. 30. 10. 12.
Al. 34 g. 531877. Zerlegbares Sofa. Franz Kahlert, Baldort i. S. Aug. 26. 10. 12.

Lohubewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Ostpr.), Frankfurt a. O., Königsberg (Unionsgießerei), Rybnik (Drechsler), Stolp (Fa. Bloß).

Bezirk Steglitz, Sonntag, den 29. Dezember, abds. Kinderbesetzung im Wiesenfeldchen, Schloßstraße 66. Alle Berliner Kollegen sind dazu herzlich eingeladen.

An die Ortsvereinskassierer.

Die Notwendigkeit, die Jahresabschlüsse unserer Zuzug- und Begräbniskasse der Aufsichtsbehörde rechtzeitig einreichen zu müssen, gibt Veranlassung, an alle Kassierer und Vorsitzenden der Ortsvereine das bringen zu müssen, daß sie für den Monat Dezember 1912 bis spätestens dem 6. Januar 1913 eingefandt werden.

Sodann sei darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt vermieden werden muß, zum Jahresabschluss in den Ortsvereinskassen oder in der Arz.-u. Begr.-Kasse mit Darlehen, sogenannter Mehr-ausgabe abzuschießen.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß die für den Dezemberabschluss abzusendenden Gelder, welches in den ersten Tagen des Monats Januar geschehen muß, in keinem Falle schon in dem Abschluß Dezember als „an die Hauptkasse“ gesandtes Geld in Ausgabe zu stellen sind.

Sodann erlaube ich die Ortskassierer, bei der mit Jahresanfang notwendigen Eintragung der Mitglieder-namen, Namen und Beitragslisten in das Beitragsverzeichnisbuch darauf zu achten, daß die Nummern in der Reihenfolge, von den niederen zu den höheren steigend, zur Eintragung kommen.

Im weiteren sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in Vereinen, wo eine Neuwahl der Kassierer stattgefunden hat, die bisherigen Kassierer die Kassengeschäfte noch so lange zu verwalten haben, bis der Abschluß für den Monat Dezember abgefandt ist und die ordnungsmäßige Kassenübergabe stattgefunden hat.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 28. Dezember 1912: Bezirk Ost und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, Reiterburger Str. 55, Jaglabend. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenfeldchen, Schloßstr. 66, Jaglabend.

Sonnabend, den 4. Januar 1913: Bezirk Ost und Westfälischer. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Havlerarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversammlung.

Zu den Versammlungen am 28. Dezember 1912 und 4. Januar 1913 müssen die Kandidaten zum Verbands-tag aufgestellt werden.

Anzeigen.

Für den Internatent ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg

Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit Handelskursen. - Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. Im 8. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stipendium.

Die Deutschen Gewerksvereine im Strome des öffentlichen Lebens

von F. Uarnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

Table with 2 columns: Quantity (1 Stück, 25, 50, 100) and Price (0,10 M, 2,00, 3,50, 6,00)

Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerksvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 4. Januar 1913, b. Kramer, Hermannstr. 199, Versammlung.

Bollabhängiges Erscheinen erwartet Der Ausschuß.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks

befindet sich Breslau, Renmarkt 31. - Die Vorstände der Ortsvereine werden ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden. Die Bezirksleitung.

Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim hiesigen Verbandskassierer Eduard Kaczinski, Friedrichstr. 6, 75 Pf. Ortsunterstützung.

Bremen.

Das Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerksvereine befindet sich Lindenstr. 2.

Essen - Ruhr. Durchreisende Kollegen erhalten vom hiesigen Ortsverband Abendrost, Kachellogis u. Morgensaffee. Die Verpflegungstafeln werden nicht mehr auf dem Gewerksvereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgeteilt.

Nur 87 Pf. pro Quartal

Mit der beliebtesten, ganzseitigen Wochenzeitung für Sozialpolitik und soziale Kritik, der in Leipzig wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldeutsche Kurier“

mit dem einzigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. - Probeausgaben kann man verlangen. - Bestellungen nehmen alle Postämter, Landboten, Buchhändler, Verleger, Leipzig, Hauptbahnhofstr. 12, entgegen.